Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17. Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7-gespaltene Kolonelzeile 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 6802. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 102. **Halle, Donnerstag, den 8. Mai 1919.** **3. Jahrgang.**

Die große Hoffnung.

Die Weltrevolution ist nach diesem Kriege eine Selbstverständlichkeit. Wäre sie es nicht, so müßten wir alle Hoffnung fallen lassen und alles, was wir täten, wäre nur die Vorbereitung des neuen alten Spiels. Die kapitalistische Anarchie war es, die diesen Krieg heraufbeschworen hat, und fällt sie nicht mit ihm, so ist keine Gewähr dafür geboten, daß wir unsere Kinder nicht nur darum wieder groß ziehen, damit sie in Fabriken, in Schützengräben wieder dem

Wahnsinn der Abschlachtung von Millionen

fröhnen müssen. Es sind die Besten und Edelsten aller Nationen, die das eingesehen haben, und es sind die Nutznießer, die Ausbeuter und die Verstockten, die es nicht einsehen wollen. Wer als Mensch in diesen entsetzlichen Jahren den Kopf oben behalten hat, konnte es nur mit dem Bewußtsein, daß diese bitteren Erfahrungen notwendig seien, um die Welt zu besserer Einsicht zu führen.

Die Trägheit und der Egoismus auf der einen Seite, genährt von der alles verpestenden Lügenhaftigkeit der kapitalistischen Großpresse, die Verzweiflung und die extreme Verstiegenheit auf der anderen Seite erzeugen in den durch Krieg und Niederlage revolutionierten Ländern die vernichtende Stickluft des Bürgerkrieges, während in den Staaten der Sieger der Uebermut der Generäle, die Habsucht der Kapitalisten die Gärung der Massen vorläufig noch in Schach hält. Im Ausgleich dieser Widersprüche, in einer darauf hinzielenden inneren und äußeren Politik liegt das Heil der Zukunft begründet. Die Ansätze dazu sind vorhanden. Freilich muß aus den Ereignissen der resignierte Schluß gezogen werden, daß auch der Weg dieser Erkenntnis wieder nur über Leichen, Trümmer des Unersetzlichen und durch Not und Elend geht.

Vor Monaten tauchte die bange Frage auf: Wilson oder Lenin? Hier liegt auch heute noch und in Zukunft

der Angelpunkt der Entscheidung.

Wilson — und ein Programm steht auf, ein Programm großer und tröstender Worte von der Verachtung der Gewalt, von der Souveränität des Rechts, von den Freiheiten der Demokratie und sozialer Menschlichkeit. Dieser Mann war der Spott des im Ludendorff-Kultus ersterbenden deutschen Bürgertums, heute ist sein Programm das Opfer der unehrlichen Ausbeuterei der gleichen Klasse, und nur die sozialistische Auslegung seiner Prinzipien kommt wohl seinem ehrlichen Wollen am nächsten. Wir wissen blutwenig davon, wie schwer der Stand Wilsons gegenüber den nationalistischen Forderungen der mit Amerika verbündeten Gewalthaber ist, aber man geht sicher nicht in der Annahme fehl, daß es kein leichter ist. Er hat gegen sich dieselbe Engstirnigkeit überheblicher Magnaten, die sich bei uns zu Hause gegen die Demokratie und den gerechten Frieden bis in die verzweifeltste Stunde hinein behaupteten. Es braucht nicht einmal vorausgesetzt zu werden, daß die letzten Beweggründe Wilsons, der doch immerhin nur Mandant eines hochkapitalistischen Landes ist, rein idealistischen Interessen entspringen, aber er ist ein Mann von weitem Blick, der das Verderben kennt, das hinter den Lockungen hemmungsloser Bereicherungsgier steckt, der

den Rechenfehler erkannt hat,

an dem alle wüsten Spekulationen der Weltgestaltung zugrunde gehen müssen. Er ist der Verkünder erhabener und erlösender Möglichkeiten, und es ist kein Zufall, daß sich die Arbeiterparteien der Ententeländer hinter seinen Namen und sein Programm stellen.

Lenin — auch ein Programm, ein ehernes und theoretisch bis in die letzten Konsequenzen durchgeführtes: das Programm des Kommunismus. Aber neben diesem Programm steht das bereits Wirklichkeit gewordene Experiment, und das wendet sich gegen seinen Schöpfer, anklagend, verhöhnend und verneinend. Wir sehen das Elend vor Augen, das der Bolschewismus in Rußland geschaffen hat und das selbst ein Hugo Haase ein furchtbares nennen muß. Wir sehen den klaffenden Widerspruch zwischen Theorie und Wirklichkeit, sehen die Folgen doktrinärer Gewalt, und wenn man uns fragt, ob wir das deutsche Volk diesen Weg gehen lassen wollen, so müssen wir klar und entschieden sagen: Nein, um alles in der Welt nicht!

Der Sieger in diesem Kriege wird und muß die Weltrevolution sein, das heißt: die Abwendung der Völker und ihrer Führer von den

ehrlichen Götzen der Vergangenheit,

dem Militarismus, dem Nationalismus dem Imperialismus, dem Kapitalismus und wie der Namen so viele sind für das einzige, große brestfhafte Weltgespenst. Vor den Kämpfen aber, die zu diesem Ziele führen, und ihrer Art hängt der undurchdringliche Vorhang der Zukunft.

Die Friedensbedingungen überreicht.

Rede Clemenceaus und des Grafen Brockdorff-Rantzau.

Versailles, 8. Mai. Die Ueberreichung der Friedensbedingungen im Trianon-Palasthotel vollzog sich ohne Zwischenfall. Clemenceau erklärte: Die Stunde zur Regelung der durch den Gegner aufgezwungenen Kriegs entstandenen Abrechnung ist gekommen. Sie verlangen Frieden. Wir sind bereit, Ihnen den Frieden zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht werden wird, enthält die Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, um sie zu prüfen. Wir werden aber dafür sorgen, daß auf diesen zweiten Versailler Frieden kein weiterer Krieg folgt.

Hierauf gab Clemenceau den Inhalt des Friedens bekannt, auf den innerhalb 14 Tagen schriftliche Antwort erteilt werden soll. Sollte von Deutschland schon früher Antwort erfolgen, so werde auch die Entente schleunigst antworten, um binnen einer weiteren Frist die endgültige schriftliche Entscheidung Deutschlands zu erhalten.

Graf Brockdorff-Rantzau

verlas dann eine längere Erklärung in deutscher Sprache:

Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat, der Welt rasch einen dauerhaften Frieden zu geben. Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage und den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegen tritt und wir haben die leidenschaftlichen Forderungen gehört. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen sollen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind frei davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung bei den Haager Friedenskonferenz-Verhandlungen und Unterlassungen in den tragischen Julitagen möge zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat zur Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkriege ihre Krisis erreichte. Die russische Mobilmachung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Vermittlung und gab die Entscheidung in die Hände der militärischen Gewalten. Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hellt wieder von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit, getanes Unrecht einzugestehen. Wir sind nicht hierher gekommen, um die Verantwortlichkeit der Männer, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verkleinern und begangene Frevel wider das Völkerrecht abzuleugnen. Wir wiederholen die Erklärungen, die wir bei Beginn des Krieges im deutschen Reichstag abgaben und sagen: Belgien ist Unrecht geschehen und wir wollen es wieder gut machen. Aber auch in der Art der Kriegführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Jede europäische Nation kennt Taten und Personen, deren sich die besten Volksgenossen ungern erinnern. Ich will nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern. Aber wenn man gerade von uns Buße verlangt, so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Sechs Monate dauerte es bis wir ihn erhielten, sechs Monate, bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren. Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschahen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht. Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. September an der Blockade zu Grunde gingen, wurden

mit glatter Ueberlegenheit getötet,

nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur in einer unparteiischen Untersuchung festgestellt in einer neutralen Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, in der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert und wir wiederholen die Forderung.

Bei dieser Konferenz, wo wir allein ohne Bundesgenossen unseren Gegnern gegenüberstehen, sind wir nicht schutzlos. Sie haben uns einen Bundesgenossen zugeführt: Das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet ist. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in der Zeit zwischen dem 5. Oktober und dem 5. November 1918 auf den Machtfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Panier geschrieben. Am 5. Oktober 1918 hat die deutsche Regierung die Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis vorgeschlagen. Am 5. November hat der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei Abweichungen einverstanden seien. Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns und auch für unsere früheren Bundesgenossen bindend geworden. Die eisernen Grundsätze fordern von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer, aber die heiligen Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag gesichert. Das Gewissen der Welt steht hinter ihnen. Keine Nation wird sie ungestraft verletzen dürfen.

Sie werden uns bereit finden, auf diesen Grundlagen den Vorfrieden, den sie uns auferlegen, mit der festen Absicht zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Zerstörtes wieder aufzubauen, geschehenes Unrecht, in erster Linie das Unrecht an Belgien wieder gut zu machen und den Weg des sozialen Fortschrittes zu beschreiten. Bei der verwirrenden Fülle von Problemen sollten wir möglichst bald die einzelnen Aufgaben durch besondere Kommissionen von Sachverständigen auf der Grundlage des von ihnen vorgelegten Entwurfes erörtern lassen. Dabei wird es unsere Hauptaufgabe sein, die Menschenkräfte der beteiligten Völker durch einen internationalen Schutz von Leben und Gesundheit und Freiheit der arbeitenden Klassen wieder aufzurichten. Als unser allernächstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der von uns besetzt gewesenen Gebiete und der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Die Verpflichtungen hierfür haben wir übernommen, und wir sind fest entschlossen, das in dem Umfange auszuführen, der zwischen uns vereinbart worden ist. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Wir können das Werk nicht ohne die technische, finanzielle Beteiligung der Sieger vollenden: Sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolg und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Dieser Wunsch kann nur durch eine klare geschäftliche Verständigung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlechteste Methode wäre, die Arbeit durch deutsche Kriegsgefangene besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist billig. Aber sie könnte der Welt teuer zu stehen kommen wenn Haß und Verzweiflung das deutsche Volk darüber ergreifen würden, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorfrieden hinaus in der bisherigen Fron schmachteten. Ohne eine sofortige Lösung dieser allzu lang verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne unter schwerer Last zusammenzubrechen. Ein Zusammenbruch würde die Ersatzberechtigten um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben und eine unheilbare Verwirrung in ganz Europa nach sich ziehen. Gegen diese drohende Gefahr mit ihren unübersehbaren Folgen müssen Sieger und Besiegte auf der Hut sein. Es gibt nur ein Mittel, um sie zu bannen: das rücksichtslose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Vereinigung der Völker zu einem

freien und umfassenden Völkerbund.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbaren Unheil der Weltgeschichte durch einen Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheit herbei zu führen, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen, wenn die Tore zum Völkerbund allen Nationen geöffnet sind. Nur dann sind

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190508-17/fragment/page=0001

Die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben.

Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Friede, der nicht im Namen des Rechts verteidigt werden kann, würde immer wieder Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen. Niemand könnte für seine Durchführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen unterzeichnet werden kann.

Nach Clemenceaus Aussagen soll also der Friede nicht im Verhandlungswege geschlossen werden, sondern kann nur schriftlich beantwortet werden.

Die Friedensbedingungen.

die Clemenceau überreicht hat, sind bis zur Stunde im Wortlaut nicht bekannt; das englische Telegraph-Bureau Reuter weiß über die angeblichen Bedingungen folgendes zu berichten:

Paris, 7. Mai. (Reuter.) Der Friedensvertrag zerfällt in 15 Abschnitte. Der erste enthält den Völkerbundsvertrag, der zweite beschreibt die Grenzen Deutschlands, der dritte verpflichtet Deutschland, die durch den Frieden in Europa herbeigeführten politischen Veränderungen anzunehmen, errichtet die Tschechoslowakei und Polen, revidiert die Grundlagen der belgischen Souveränität und ändert die Grenzen Belgiens, errichtet neue Regierungssysteme in Luxemburg und im Saarbecken, gibt Elsaß-Lothringen an Frankreich zurück, stellt die Grundsätze für die Regelung der schleswigschen Frage auf und verpflichtet Deutschland, die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs anzuerkennen. Der vierte Abschnitt enthält einen allgemeinen Verzicht Deutschlands auf seine ausländischen Besitzungen und Rechte, stellt die internationale Anerkennung des britischen Protektorats in Aegypten fest und annulliert die Algeciras-Akte.

Der fünfte beschränkt den Umfang der deutschen Armee und Flotte und schafft die Dienstpflicht in Deutschland ab als ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung. Der sechste regelt die Rückkehr der Kriegsgefangenen. Der siebente handelt von den Verantwortlichkeiten und der Bestrafung und sieht gerichtliches Verfahren gegen Kaiser Wilhelm vor. Der achte handelt von der Schadensvergütung und Wiedergutmachung und enthält besondere Verfügungen über die Rückgabe der Trophäen aus früheren Kriegen. Der neunte enthält finanzielle Ausführungsbestimmungen. Der zehnte die wirtschaftlichen Bestimmungen und setzt die nichtpolitischen internationalen Vorträge und Konventionen wieder in Kraft. Der zwölfte regelt die internationale Kontrolle von Häfen, Flüssen und Eisenbahnen, insbesondere Verfügungen für den Kieler Kanal. Der dreizehnte enthält das Arbeitsabkommen. Der vierzehnte bestimmt die Garantien für die Durchführung, nämlich die Fortdauer der militärischen Besetzung deutscher Gebiete. Der fünfzehnte bringt noch eine Reihe von Klauseln über die Anerkennung anderer in der Folge abzuschließender Verträge, die Bestätigung der prisengerichtlichen Entscheidung usw.

Weitere Einzelheiten über die angeblichen Friedensbedingungen.

Paris, 7. Mai 1919. WTB. meldet: Der von Reuter veröffentlichte Auszug aus den Friedensbedingungen enthält u. a. folgende Angaben:

Deutschland tritt den größten Teil von Oberschlesien, Posen und der Provinz Westpreußen ab. Die südliche und die östliche Grenze Ostpreußens gegenüber Polen wird durch Volksabstimmung bestimmt. Danzig wird mit seiner unmittelbaren Umgebung Freistadt. Belgien erhält das strittige Gebiet von Moresnet und einen Teil von Preußisch-Moresnet. Deutschland verzichtet auf alle Rechte auf Eupen und Malmedy, deren Einwohner das Recht haben sollen, binnen sechs Monaten gegen diese Aenderung im ganzen oder teilweise zu protestieren, worüber der Völkerbund endgültig entscheidet. In einer 50-Kilometer-Zone östlich des Rheins darf Deutschland keine Befestigungen oder Streitkräfte halten. Das Saarbecken, auf das sich die bereits bekannte Regelung bezieht, erstreckt sich von der Grenze Lothringens nach Norden bis St. Wendel, im Westen bis nach Hirschbach.

Die Volksabstimmungen im Osten sollen stattfinden: Im Regierungsbezirk Allenstein zunächst der Kreise Angerburg und Oletzko, ferner in einem Teile Westpreußens, bestehend aus den Kreisen Stuhm und Rosenberg, sowie aus Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder. Ostpreußen soll freien Zugang zur Weichsel und die volle Benutzung der Straßen erhalten. Die Nordstrecke von Ostpreußen soll an die assoziierten Mächte abgetreten werden. Von der holländischen Regierung wird die Auslieferung Kaiser Wilhelms verlangt. Grundsätzlich soll Deutschland zur Vergütung aller Schäden, die durch den Krieg entstanden sind, verpflichtet sein. Die Gesamtsumme der Schadensvergütung wird spätestens bis Mai 1921 festgesetzt werden. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll Deutschland 20 Milliarden Mark in Gold, Waren, Schiffen und dergleichen bezahlen.

Bezüglich der Handelsschiffe soll Deutschland verpflichtet sein, Tonne für Tonne und Klasse für Klasse anzuerkennen und an die Alliierten alle deutschen Handelsschiffe von 1600 Tonnen und darüber, die größten seiner Schiffe von 1000 und 1600 Tonnen und ein Viertel seiner Fischdampfer und anderer Fischerfahrzeuge ausliefern, sowie für Rechnung der Alliierten während der nächsten 5 Jahre jährlich Handelsschiffe von 200 000 Tonnen bauen.

Zur Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages soll das deutsche Gebiet westlich des Rheins und die Brückenköpfe 15 Jahre lang besetzt werden. Bei getreuer Ausführung der Bedingungen sollen bestimmte Gebietsteile, darunter auch der Brückenkopf von Köln nach 5 Jahren geräumt werden, andere Gebietsteile, darunter der Brückenkopf von Koblenz nach 10 Jahren, wieder andere, wie der Brückenkopf von Mainz, nach 11 Jahren. Bei früherer Erfüllung sämtlicher Friedensbedingungen werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.

Ein Urteil zu fällen, ist noch zu früh, erst müssen die tatsächlichen Bedingungen abgewartet werden; eines aber kann schon gesagt werden:

Unmögliche Bedingungen, die man uns auferlegen will, werden schließlich an ihrer eigenen Maßlosigkeit scheitern. Auch ein Clemenceau ist nicht berufen, das letzte Wort der Weltgeschichte zu sprechen. Die ängstlichen Maßregeln, mit denen er das französische Volk von jeder Berührung mit den Deutschen abzuschließen sucht, beweisen, daß es auch in Frankreich noch andere Kräfte gibt, die er zu fürchten hat. Das letzte Wort werden die Völker selber sprechen; sie werden trotz des Widerstandes siegesberauschter Imperialisten früher oder später deren Diktat nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit revidieren.

Die französischen Arbeiter protestieren.

Genf, 7. Mai. „Humanité" meldet, daß auch für kommenden Sonntag wieder 32 Versammlungen der Arbeiterschaft des Seinedepartements einberufen werden, die gegen einen Diktatfrieden protestieren sollen. „Populaire" meldet, daß englische und amerikanische Truppen für den Sicherheitsdienst in Paris eingetroffen seien.

Nach Lyoner Meldungen aus Marseille sind vorgestern eine große Anzahl Arbeiterführer verhaftet worden. Die Verhaftungen sollen mit geplanten Vorbereitungen zu einem Putsch in Zusammenhang stehen, der am kommenden Montag vor sich gehen sollte.

Der Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik.

Die Kapitulationsbedingungen.

Amtlich wird der Wortlaut der Waffenstillstandsbedingen mitgeteilt, die die rumänische Regierung auf die Bitte der bisherigen Räteregierung um Waffenstillstand überreichen ließ. Die Bedingungen sind geradezu räuberisch hart und verlangen in 15 Punkten die sofortige Entwaffnung der gegen Rumänien kämpfenden Roten Armee, ferner die Entwaffnung aller Truppen, die gegen die Verbündeten kämpfen, des weiteren wird gefordert Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials, Auslieferung des gesamten Eisenbahnmaterials, das in Friedenszeiten für den Verkehr jenseits der Theiß verwendet wurde, Rückgabe des gesamten rollenden Materials, das seinerzeit den Rumänen abgenommen wurde, Uebergabe des gesamten Schiffsmaterials auf der Theiß binnen einem Monat, Auslieferung von vier Panzerzügen, 400 Panzerautomobilen und 50 Motorkanonen. Außerdem verlangen die Rumänen die Besetzung von sechs Brückenköpfen jenseits der Theiß und zwar so lange, bis das Abkommen über den Waffenstillstand durch die ungarische Nationalversammlung ratifiziert wird. Die Antwort der provisorischen Regierung auf diese Bedingungen ist noch nicht veröffentlicht worden, doch ist es unzweifelhaft, daß sie ablehnend ausfallen wird.

Nachdem nunmehr, wie schon gemeldet, die Truppen der Alliierten in Budapest einmarschiert sind, ist trotz des leidenschaftlichen Protestes Bela Khuns an die Arbeiter der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten gewesen. Die ungarische Räterepublik ist zu Grabe getragen. Jäh und impulsiv wie sie in einem Ausbruch nationalistischer Verzweiflung aus dem Boden gestampft worden ist, ist sie untergegangen. Wir haben im Anfang darauf hingewiesen, daß der Rätekommunismus in Budapest nur vorgeschoben worden ist, um die nationale Zertrümmerung Ungarns aufzuhalten. Nun ist alles zerbrochen. Der Nationalismus ist unterlegen und der Kommunismus, der vor seinen Wagen gespannt worden ist, hat sich für alle Zeiten durch wüste Ausschreitungen in Ungarn kompromittiert.

Eine Folge des Rätesturzes.

Aus Paris wird gemeldet: Da die Räteregierung in Budapest nunmehr gestürzt worden ist, hat die Konferenz beschlossen, auch die Ungarn für den 25. Mai nach Paris einzuladen.

Die Schrecken des Bürgerkrieges.

Ein verabscheuungswürdiges Verbrechen.

WTB. meldet:

München, 7. Mai. Die Erbitterung über den Geistesmord, sowie über den heimtückischen Widerstand der Spartakisten hat zu einem verabscheuungswürdigen Verbrechen geführt. Am Abend des 5. Mai fand entgegen den bestehenden Anordnungen über Versammlungsverbote, eine Versammlung von etwa 30 Personen im Norden der Stadt statt. Die Versammlung wurde durch Streifstrupps aufgehoben, die Bewaffneten verhaftet und in das Gefängnis am Karolinenplatz geführt. In diesen drang gegen 9 Uhr abends eine Truppe bewaffneter bayerischer Soldaten ein. Es kam zu einer Schießerei, bei der diese bayerischen Soldaten in dem Glauben, Spartakisten vor sich zu haben, 21 Personen töteten. Die Schuldigen sind verhaftet, die gerichtliche Untersuchung ist im Gange und liegt in den Händen der zweiten Gardedivision. Die Generale Oven und Möhl bedauern aufs lebhafteste diesen Ausbruch entfesselter Leidenschaft. Sie haben scharfe Befehle erlassen, daß jeder Soldat, der unrechtmäßige Erschießungen vornimmt, als Mörder behandelt und erschossen wird.

— — — in dem Glauben, Spartakisten vor sich zu haben, 21 Personen töteten. Spartakisten sind also vogelfrei und können abgeschossen werden wie räudige Hunde. Wo hat uns der unselige Bürgerkrieg hingeführt, Mensch wütet gegen Menschen wie eine Bestie, wie ein Blutrausch ist es über uns gekommen und der Fluch der Menschheit wird die zertreten, die die letzte Verantwortung für die Herbeiführung solcher Zustände wie in München tragen. Eins tut uns bitter not: Einkehr! Umkehr!

Die Todesopfer in München.

München, 7. Mai. Ueber die Zahl der Todesopfer während der Kämpfe in und um München sind genaue Ziffern noch nicht festgestellt. Auf Grund der bis heute in den Friedhöfen eingelieferten Toten wird die Zahl der Toten auf etwa 500 geschätzt.

Jeder Tag bringt einen neuen Skandal.

In Halberstadt sollten Regierungstruppen in Garnison kommen und sind am Dienstag dort eingezogen. Da die Soldaten tatsächlich zu glauben scheinen, sich in Feindesland zu befinden, ist es zu argen Zusammenstößen gekommen. Unser Halberstädter Bruderblatt, das „Halberstädter Tageblatt", berichtet darüber:

„Gestern vormittag rückte in unsere Stadt eine Abteilung des ersten Landesjägerbataillons ein. Das sonst so ruhige Halberstadt ist durch den Einzug der Regierungstruppen im Innersten aufgewühlt worden. Es haben sich Szenen abgespielt, die so widerwärtig sind, daß sie den Beteiligten unvergeßlich bleiben werden. Wir hatten gestern in unserem Blatte die ausdrückliche Forderung ausgesprochen, daß der bestehende Garnisonbefehl beachtet wird und Soldaten nur während des Dienstes und innerhalb des Kasernement getragen werden sollen. Dieser Forderung ist nicht entsprochen worden. Wir glaubten am 9. November, den Militarismus niedergerungen zu haben, aber der alte militärische Geist, der in jedem Bürger seinen Feind sah, scheint von neuem zu erwachen. Der Sieg über den Militarismus dokumentierte sich äußerlich daran, daß die Soldaten ihre Waffen ablegten. Jetzt gehen die Soldaten wieder mit Waffen durch die Straßen und provozieren die Massen.

Wir Mehrheitssozialisten können auf keinen Fall das Vorgehen der Truppen billigen. Angriffe sind erfolgt. Grundlose Verhaftungen vorgenom-

---

Die Geschichte zweier Städte.

(44) Roman von Charles Dickens.

Defarge trank ebenfalls ein paar Schluck Wein — aber weniger als der Fremde, als ein Mann, dem das Getränk seine Seltenheit ist — und wartete, bis der andere gefrühstückt hatte. Er sah niemand von den Anwesenden an, und niemand sah ihn jetzt an; nicht einmal Madame Defarge, die ihren Strickstrumpf wieder genommen hatte und strickte.

„Seid Ihr fertig mit Eurem Frühstück, Freund?" fragte er dann.

„Ja, ich danke Euch."

„Nun, so kommt! Ich will Euch das Zimmer zeigen, das für Euch bestimmt ist. Es wird vortrefflich passen."

Aus dem Weinschank auf die Straße, von der Straße in einen Hof, vom Hofe eine steile Treppe hinauf, von der Treppe in eine Dachkammer — dieselbe Dachkammer, wo vormals ein weißköpfiger Mann auf einer niedrigen Bank gesessen hatte, emsig mit Schuhmacherarbeit beschäftigt.

Jetzt war kein weißköpfiger Mann dort; aber wohl die drei Männer, die einzeln den Weinschank verlassen hatten. Doch zwischen ihnen und dem weißköpfigen Mann in der Fremde bestand die eine Verbindung, daß sie durch die Spalten in der Wand ihn einmal betrachtet hatten.

Defarge machte die Tür sorgfältig zu und sprach in gedämpftem Tone:

„Jacques eins, Jacques zwei, Jacques drei! Dies ist der Zeuge, den ich, Jacques Nummer vier, bestellt habe. Er wird Euch alles erzählen. Sprecht, Jacques fünf!"

Der Straßenarbeiter mit der blauen Mütze in der Hand, wischte seine sonnenverbrannte Stirn damit und sagte: „Wo soll ich anfangen, Monsieur?"

„Fange beim Anfang an", war Defarges nicht unverständige Antwort.

„Ich sah ihn also", fing der Straßenarbeiter an, „vor einem Jahr im Sommer unter dem Wagen des Marquis an der Kette hängen. Seht wie es war. Ich lasse meine Arbeit an der Straße liegen, die Sonne geht unter, der Wagen des Marquis fährt langsam die Höhe hinauf, er hängt an der Kette — so!"

Abermals gab der Straßenarbeiter die alte Vorstellung, in der er jetzt von Rechts wegen sicher sein mußte, da sie ein ganzes Jahr hindurch die unfehlbare und unentbehrliche Unterhaltung seines Dorfes gewesen war.

Jacques Nummer eins unterbrach ihn und fragte ob er den Mann schon früher einmal gesehen hätte?

„Nie, gab der Straßenarbeiter zur Antwort, indem er sich wieder aufrichtete

Jacques Nummer zwei fragte, wie er ihn dann später erkannt habe?

„An seiner langen Gestalt", sagte der Straßenarbeiter halblaut und legte den Finger an die Nase. „Als Monsieur le Marquis am Abend fragte: „Wie sah er aus?" gab ich zur Antwort: „Lang wie ein Gespenst."

„Ihr hättet sagen sollen: Klein wie ein Zwerg", belehrte ihn Jacques Nummer zwei.

„Ja, was wußte ich! Die Tat war damals noch nicht getan, und er gab mir auch nichts anvertraut. Merkt wohl! Unter diesen Umständen bietet ich mein Zeugnis nicht an. Monsieur le Marquis zeigte auf mich mit dem Finger, wie ich bei unserm kleinen Brunnen stand, und sagte: „Bringt den Kerl dort her!" Bei meinem Wort, ihr Herren, ich diete mich nicht an."

„Er hat recht darin, Jacques", sagte Defarge zu dem, der ihn im Sprechen unterbrochen hatte. „Fahrt fort"

„Gut!" sagte der Straßenarbeiter mit geheimnisvoller Miene „Der lange Mann ist verschwunden und wird gesucht — wie viele Monate? Neun, zehn, elf?"

„Die Zahl ist gleichgültig", sagte Defarge. „Er war gut versteckt; aber das Unglück wollte zuletzt, daß er gefunden ward. Weiter."

„Ich arbeite wieder an derselben Stelle an der Straße, und die Sonne geht abermals zur Rüste. Ich nehme mein Arbeitszeug zusammen, um hinunter in mein Dorf zu gehen, wo es schon dunkel ist, als ich aufblicke und über die Höhe sechs Soldaten kommen sehe. In der Mitte geht ein langer Mann mit gebundenen Armen — an die Seite gebunden — so!"

Mit Hilfe seiner unentbehrlichen Mütze stellte er einen Mann dar, dessen Ellbogen hinten mit zusammengebundenen Stricken an den Hüften befestigt sind.

„Ich bleibe bei meinem Steinhaufen stehen, um die Soldaten und ihren Gefangenen vorbeigehen zu sehen (denn es ist eine einsame Straße, wo alles, was vorbeikommt, des Ansehens wert ist) und zuerst — wie sie näher kommen — sehe ich weiter nichts, als daß es sechs Soldaten sind mit einem gebundenen langen Mann, und daß sie fast schwarz aussehen — außer an der Seite, wo die Sonne zu Bett geht, wo sie einen roten Rand haben, Messieurs. Auch sehe ich ihre langen Schatten auf der andern Seite der Straße gleich den Schatten von Riesen. Auch gewahre ich, daß sie mit Staub bedeckt sind und daß sich der Staub mit ihnen fortbewegt, wie sie herankommen, tramp, tramp! Aber wie sie ganz nahe kommen, erkenne ich den langen Mann, und er erkennt mich. O wie gern würde er den Abhang hinuntergesprungen sein wie an dem Abend, wo er und ich zuerst uns sahen dicht bei demselben Fluß!"

Er beschrieb es, als ob er dort wäre, und es war offenbar, daß er alles lebendig vor sich sah; vielleicht hatte er in seinem Leben nicht viel gesehen.

„Ich verrate den Soldaten nicht, daß ich den langen Mann kenne; er verrät den Soldaten nicht daß er mich erkennt; mit sprechen mit den Augen miteinander „Vorwärts," sagt der Anführer der Soldaten und wies auf das Dorf, „bringt ihn rasch in sein Grab!" Und sie trieben ihn rascher vorwärts. Seine Arme sind geschwollen, weil sie fest zusammengeschnürt sind; seine Holzschuhe sind groß und schwer, und er geht lahm. Weil er lahm geht, so gehen langsam, stoßen sie ihn mit ihren Flinten vorwärts — so!" —

Er macht die Bewegung eines Mannes nach, der von Flintenkolben fortgestoßen wird.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190508-17/fragment/page=0002

men. Verhaftete sind mißhandelt. Flegelhaftes, provozierendes Verhalten der Truppen muß die ohnehin erregten Gemüter noch weiter aufpeitschen.

Man hatte gestern allgemein die Ueberzeugung, daß die Truppen ohne Instruktionen gehandelt haben, daß die Schießerei lediglich auf den Befehl eines Soldaten, man sagt, eines Offizier-Stellvertreters, erfolgte, der zur Kaserne lief und die Truppe alarmierte.

Wir haben gestern noch an den Reichswehrminister telegraphiert und heute ist die Abordnung, bestehend aus dem Mitglied der Nationalversammlung, Genossin Bollmann und dem Parteisekretär Genossen Treff nach Berlin abgesandt worden. Sie wird dort **flammenden Protest gegen das unwürdige Verhalten der Truppen einlegen.**"

Das Blatt mahnt dann weiter (zugleich im Auftrage unserer Parteileitung), zur Ruhe und Besonnenheit. Auch hier zeigt sich wieder, daß, wenn wir uns mit der Reichswehr tatsächlich befreunden sollen, ein ganz anderer Zug bei ihr einkehren muß, daß die Soldaten weit- und tiefgehenden Aufklärungsdienst erhalten müssen und der Glauben in ihnen lebendig wird, daß sie Soldaten der Deutschen Republik sind, die hohe Pflichten haben und keineswegs dazu da, immerwährend mit der Handgranate und dem Schießprügel zu argumentieren. Ihnen muß plausibel gemacht werden, daß sie es innerhalb der Landesgrenzen mit Volksgenossen und nicht mit Feinden zu tun haben. „Aufklärungsdienst" war im alten Heere doch ein so hochgeschätztes Instrument. Hat man das ganz verlernt oder aber wird die Aufklärung getrieben, nur weiter so schief wie unter Ludendorff?

Wir in **Halle** haben ja nunmehr auch Landesjägergarnison; wir hoffen, daß unsere „Beschützer" sich so benehmen, wie es republikanischen Soldaten geziemt.

Der Wahlsieg der österreichischen Sozialdemokratie.

Nach dem Ergebnis der Wahlen für die **Gemeinde** und Bezirksvertretung von **Wien** sowie für den **Landtag** von **Niederösterreich** besitzen die **Sozialdemokraten** in der Gemeinde sowie in den meisten Bezirksvertretungen die qualifizierte, im Landtag die absolute Mehrheit. Ueberdies dürften sie auch in allen anderen größeren Gemeindevertretungen Niederösterreichs die Mehrheit an sich gerissen haben. Wenn man bedenkt, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1912 in die christlichsoziale Gemeindevertretung von Wien ganze acht Kandidaten bringen konnten, so kann man daraus das ganz gewaltige Anschwellen der sozialdemokratischen Bewegung und die Schwere der christlichsozialen Niederlage erkennen. Die Größe des Erfolges, den die Sozialdemokratie errungen hat, wird auch von der gegnerischen Presse zugegeben. Erläutert ist der Mißerfolg der vereinigten bürgerlichen demokratischen Parteien. Von den 165 Sitzen in der Wiener Gemeindevertretung haben sie einen einzigen, von den 120 Landtagsmandaten gar keines erhalten. Diese Niederlage ist in erster Linie auf die absolute Unproduktivität, in zweiter Linie auf die mangelhafte Organisation der bürgerlichen demokratischen Parteien zurückzuführen. Der Sieg unserer österreichischen Genossen zeigt so recht, was es nützt, wenn die Partei einig ist und ihren Weg geradeaus ohne jegliche phantastische Experimente geht. In Deutschland wäre es nicht anders, wenn das Proletariat zusammenstände.

Eine ernste Warnung.

Unter dieser Ueberschrift wird in der Wiener Arbeiterzeitung eine am 30. April beschlossene Erklärung des Vollzugsausschusses der Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Mit Entschlossenheit und Disziplin haben die Arbeiterorganisationen Deutsch-Oesterreichs immer wieder dahin gewirkt, daß die revolutionären Umwälzungen, die der Krieg notwendig zur Folge haben muß, auf dem Wege der Verhandlungen durch gesetzliche Festlegung der neuen Formen erfolge. **Wir warnen aber die bürgerlichen Parteien davor**, diese Selbstbeherrschung des Proletariats falsch zu deuten. Es lebt in ihm die unerbittliche Entschlossenheit, den Schritt zum Sozialismus, den die Niederlage des österreichischen und deutschen Imperialismus möglich gemacht hat, auch tatsächlich zu machen. Daran kann die Arbeiterklasse durch **irgendwelche Zufälle der Arithmetik** nicht gehindert werden. Daß in den Ausschüssen der Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, kann nichts an der Tatsache der realen Machtverhältnisse im Staate ändern. Das Proletariat fühlt sich als die entscheidende Klasse im Staate und ist entschlossen, den ihr gebührenden Einfluß unter allen Umständen in Anspruch zu nehmen und sich nicht von den paar Vertretern des ausbeuterischen Kapitalismus in der Nationalversammlung seiner Rechte berauben zu lassen.

Das Proletariat bewahrt seine Ruhe in der Ueberzeugung, daß es ernst werden soll mit der Sozialisierung, und es ist entschlossen, für diese Sozialisierung den Kampf mit aller Energie aufzunehmen.

Für den Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs:

Alois Bauer. Friedrich Adler."

Wenn zwei dasselbe tun!

Die unabhängig-kommunistische Mehrheit der Berliner Arbeiterräte hat bekanntlich einen Beschluß gefaßt, der es irgendeiner in einem Betriebe befindlichen politischen Mehrheit ermöglicht, einen unbequemen politischen Gegner zu entfernen. **Wir als Sozialdemokraten bekämpfen jeden Terrorismus**, von welcher Seite er auch immer kommen mag. Weil uns die **Gewissensfreiheit** und die **Freiheit der politischen Ueberzeugung heilig** sind, haben wir diesen Beschluß vom ersten Tage ab bekämpft und werden auch in Zukunft alle Angriffe auf die Demokratie auf das entschiedenste bekämpfen. Vergeblich haben wir aber bei den Unabhängigen ein Wort der Kritik an solchen Beschlüssen und Taten gesucht; ihnen war jedes Mittel recht, um den Gegner zu schädigen und die eigene Partei zu fördern. Aber wehe, wenn einmal von der Gegenseite mit denselben Mitteln gekämpft wurde! Der volle Zorn der Unabhängigen traf die Frevler!

So sehen wir auch in Nr. 24 der Berliner Freiheit die Unabhängigen sich darüber entrüsten, daß in Allenstein der Referendar Döbbecke, Vorsitzender des unabhängigen Wahlvereins, auf Anordnung des Oberlandesgerichtes in Königsberg innerhalb von 8 Tagen seinen Abschied nehmen soll. In einem Telegramm des unabhängigen Wahlvereins Allenstein heißt es: „Gegen Döbbecke schwebte auf Grund eines verleumderischen Wahlartikels der Allensteiner Zeitung vom 17. Januar 1919 ein Dienstaufsichtsverfahren. Nur durch Verquickung persönlicher Verleumdungen und politischer Hetze gegen Genossen Döbbecke ist dieser Akt politischer Maßregelung zu erklären."

Für einen Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, daß er, wenn diese Angaben den Tatsachen entsprechen, gegen die Maßregelung protestiert. Wir haben nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht dazu. Den Leuten aber, die das Recht der anderen stets mit Füßen treten, steht die Entrüstung schlecht — sehr schlecht an.

Nur die Räte!

Die Bergarbeiter-Zeitung gibt in ihrer neuesten Nummer vom 3. Mai einen zusammenfassenden Bericht über die letzten Streike im Ruhrrevier. Die Bewegung habe sich von vornherein gegen die Gewerkschaften gerichtet, nur die Zechenräte (Betriebsräte) sollten verhandlungsberechtigt sein. Das Organ des Bergarbeiterverbandes erinnert nun daran, daß dies bis zum Monat Oktober 1918 genau die Parole von Thyssen, Stinnes und Kirdorf war. Auch die wollten damals mit den Gewerkschaften nicht verhandeln und nur ihre Arbeiterausschüsse als Arbeitervertreter anerkennen. Fünf Monate nach der Revolution endeten Spartakisten und Kommunisten genau dort, wo die Gelben angefangen hatten.

Und in diesem Zusammenhang führt die Bergarbeiter-Zeitung all die Aeußerungen Lenins und Trotzkis an, in denen sie das Fehlen genügend starker gewerkschaftlicher Organisationen in Rußland beklagen und die Schwierigkeiten ihrer Lage hauptsächlich darauf zurückführen. Freilich widerspricht das dem Treiben der Kommunisten in Deutschland nicht, denn die ganze kommunistische Politik besteht ja nur in zweierlei: im Herunterreißen und Zerstören alles dessen, was da ist, und in der Unfähigkeit, irgend etwas Neues zu schaffen.

Der Gesetzentwurf über Betriebsräte.

Berlin, 6. Mai. Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte fertiggestellt. Die Betriebsräte sollen an die Stelle der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse treten, jedoch erweiterte Befugnisse erhalten. Hierbei wird auch das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen geregelt werden. Der Entwurf wird in nächster Woche mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten werden.

Freunde des Spitzels.

In großer Wut ist die Deutsche Tageszeitung geraten durch einen Erlaß des Reichskommissars Winnig, den sie wütend einen „Spitzelerlaß" nennt. Genosse Winnig hat als Reichskommissar im Osten die Beobachtung machen müssen, daß eine Anzahl Staats- und Gemeindebehörden aktive und passive Resistenz gegen die neue Regierung treiben und hat deshalb einen Erlaß an die Arbeiterräte in Ost- und Westpreußen gerichtet, in dem er sie auffordert, die Tätigkeit der Beamten, namentlich der Landräte, Amtsvorsteher und Oberförster zu überwachen und über ungeeignete Elemente, die nicht weiter im Amte bleiben können, zu berichten.

Die Deutsche Tageszeitung beklagt diesen Erlaß und spricht von der Einführung eines regelrechten Schnüffel- und Spitzelsystems. Den Herren Reaktionären wäre es wohl freilich angenehmer, wenn sie unbewacht und unkontrolliert ihre lichtscheuen Wühlereien gegen die Regierung und die Republik weiter treiben könnten. Die Deutsche Tageszeitung lebt immer noch in der naiven Auffassung, als sei die Regierung verpflichtet, den alten Beamtenapparat schalten und walten zu lassen, wie er will. Ersetzt die Regierung reaktionäre Beamte durch moderner Gesinnte, so heult die Deutsche Tageszeitung, wählt die Regierung den milderen Weg der Ueberwachung, so ist sie erst recht unzufrieden und jammert über Schnüffelei. Ja, hat sie denn jemals auch nur ein Wort des Protestes gehabt gegen das System der Gesinnungsschnüffelei, das gerade unter den Beamten des alten Systems Gang und Gäbe war, die jetzt überwacht werden?!

Prozeß gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Am 8. Mai, vormittags, begannen im kleinen Saale des Schwurgerichts (Landgericht I, Moabit) vor dem Gericht des Garde-Kavallerie-Schützenkorps die Verhandlungen gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Angeklagt sind: 1. Husar Otto Runge, 2. Kapt.-Leutn. Horst von Pflugk-Hartung, 3. Oberleutn. z. S. Heinrich Stiege, 4. Oberleutnant z. S. Ulrich von Riepgen, 5. Leutn. z. S. Bruno Schulze, 6. Leutn. d. R. Rudolf Liepmann, 7. Hauptm. Heinz von Pflugk-Hartung, 8. Oberleutn. Kurt Vogel, 9. Hauptm. d. L. I Franz Weller.

Aufhebung der Hungerblockade?

Haag, 8. Mai. Lloyd George hat die Forderung, in der die Aufhebung der Blockade von den englischen Handelskreisen verlangt wird, unterschrieben. Die Vorbereitungen, die in Liverpool und Portsmouth getroffen werden, lassen darauf schließen, daß sofort nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Order erscheint, die die Aufhebung der Blockade ankündigt.

Stockungen in der Lebensmittelzufuhr.

Seit mehreren Tagen ist die auffällige Erscheinung zu beobachten, daß die Zufuhren von Lebensmitteln aus den Ententeländern ins Stocken geraten sind. In politischen Kreisen wird diese Erscheinung dahin gedeutet, daß die Entente durch die Zurückhaltung dieser Sendungen bereits heute einen gewissen Druck auf Deutschland in der Richtung ausüben wolle, wie notwendig für uns die Unterzeichnung des Friedensvertrages sei. Jedenfalls seien diese Stockungen willkürlich herbeigeführt, um dem deutschen Volke zu demonstrieren, daß die Lebensmittelzufuhren im Falle der Ablehnung des Friedensvertrages automatisch aufhören werden.

Kurze Notizen.

Die erste Tagung der Nationalversammlung in Berlin. Die Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung in Weimar haben beschlossen, am Sonnabend, den 10. Mai Fraktionssitzungen in Berlin abzuhalten.

Das Erlöschen des oberschlesischen Streiks. Auf der Heinitzgrube ist der Beamtenstreik beigelegt worden. Sämtliche Beamtenabsetzungen sind zurückgezogen worden. In Eintrachthütte ist ein kleiner Lohnstreik entbrannt. Sonst herrscht jetzt Ruhe im oberschlesischen Industriebezirk.

Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands. „Algemeen Handelsblad" meldet aus Paris, daß die Friedenskonferenz die Unabhängigkeit Finnlands unter gewissen Bedingungen mit einem Vorbehalt betreffs der finanziellen Verpflichtungen Rußlands anerkannt hat.

Eroberung Petersburgs durch finnische Truppen? Dem Amsterdamer „Telegraf" zufolge soll nach einem noch nicht näher bestätigten drahtlosen Bericht Petersburg von finnischen Truppen erobert worden sein.

Ruhrkohlen nach Holland. Dem „Algemeen Handelsblad" wird gemeldet, daß die Versendung von Steinkohlen aus dem Ruhrgebiet nach Holland gestern in bescheidenem Maße wieder aufgenommen wurde.

New York, 7. Mai. Wilson berief zum 19. Mai eine Sitzung des Kongresses ein.

Eine Rekordernte in Amerika erwartet. Nach einer Meldung aus Washington erwartet man dieses Jahr in den Vereinigten Staaten wenn kein unvorhergesehenes Ereignis eintritt, eine Weizenernte von 900 Millionen Bushels oder ungefähr 35 Prozent mehr als im Rekordjahr 1914.

Aus der Provinz.

Delitzsch. (Fleischkonserven-Verteilung.) Am Freitag, den 9. d. M. von vormittags 8 Uhr ab kommt auf den Kopf der Bevölkerung ½ Pfund Konservenfleisch zu 1,20 Mk. an die Kunden der Fleischermeister Ackermann, Braune, Kuhn, Heinig, Schiller und Ziegler, sowie an diejenigen Kunden der Fleischermeister Brendel, Essigke, Gutezeit, Küster und Rausch, welche bei der letzten Lieferung nicht berücksichtigt worden sind, zur Verteilung. Lebensmittelscheine und Fleischkarten sind vorzulegen, die Fleischkarten sind vom Verkäufer dadurch zu kennzeichnen, daß die Abschnitte der Woche vom 5. bis 11. Mai mit Tinte oder Tintenstift durchkreuzt werden. Haushaltungen, welche in der laufenden Schlachtperiode geschlachtet haben und nicht im Besitz von Reichsfleischkarten der Stadt sind, können nicht beliefert werden. Ferner ist die Abgabe auf Reichsfleischkarten anderer Orte verboten.

Delitzsch. Gegen Vorlage der Milchkarte wird in den beiden Apotheken am Donnerstag, den 8. Mai, für Kinder bis zu zwei Jahren und für werdende und stillende Mütter, eine Tafel Schokolade für 1,60 Mark abgegeben.

Zeitz. Um der Wohnungsnot abzuhelfen, hat der Bauverein e. G. m. b. H. mit der Errichtung von 40 Einfamilienhäusern begonnen. Wenn auch zwar die Beschaffung der Baumaterialien große Schwierigkeiten bereitet, so ist doch damit zu rechnen, daß die 40 Häuser im Oktober bezogen werden können. Die Entwürfe sind von dem Architekten Frede, Halle (S.), angefertigt, ebenso liegt die Bauleitung in dessen Händen.

Lauchhammer. Achtung! Naundorf—Lauchhammer. Der Sozialdemokratische Wahlverein veranstaltet Sonntag, den 11. Mai, nachmittags ¾4 Uhr, eine Mitgliederversammlung, in welcher Genosse Ludwig Winter aus Lauchhammer einen Vortrag halten wird. Thema: „Licht- und Schattenseiten der bürgerlichen Demokratie" Die Versammlung findet bei Herrn Thinius statt. Alle Genossinnen und Genossen müssen zu dieser Versammlung erscheinen.

Schildau. In der am 2. Mai stattgefundenen Stadtverordnetensitzung wurde Dr. Neste zum Ratsmann einstimmig und Stadtv. Mangler mit 8 von 12 abgegebenen Stimmen zum Kreistagsabgeordneten gewählt, die neue Marktordnung wurde, nachdem dieselbe dahin abgeändert ist, daß Standgeld bis 10 Quadratmeter nicht erhoben werden soll, einstimmig angenommen. Der Eisenbahnbau Mokrehna—Schildau ist so weit gediehen, daß bei Ueberwindung der noch bestehenden unerheblichen Schwierigkeiten, die Strecke Mokrehna—Wildschütz noch Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden kann. Die Fortführung bis hier würde voll im Herbst nächsten Jahres zu erwarten sein. Der neue Stadtkapellmeister Richter erhält eine Subvention von 500 Mk. jährlich.

Kleine Nachrichten. In Greben stiegen in der Sonnabendnacht Diebe über die Mauer der zum Stadtgut gehörigen Fasanerie, um von den dort lagernden Kartoffeln zu stehlen. Als sie der Flurhüter L. bemerkten, der der schon wiederholt vorgekommenen Diebstähle wegen Wache hielt, schossen sie auf ihn. In der Notwehr schoß dieser wieder, wobei der Maurer B. einen Querschläger durch den Kopf erhielt, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. — In voriger Woche wurde in Trotha der etwa 60jährige Dachdeckermeister St. verhaftet, weil er sich wiederholt an seiner 14jährigen Stieftochter vergangen hatte, die davon krank geworden war. — In Keutschen wurde in der Nacht vom Montag zu Dienstag durch Diebe ein zweijähriger Bulle von etwa 5—6 Zentner Gewicht gestohlen und gleich an Ort und Stelle geschlachtet. — In Torgau ist ein großer Speicher des Kornhauses vollkommen niedergebrannt, wobei etwa 8000 Zentner Getreide vernichtet wurden. Der Brand ist vermutlich durch Selbstentzündung einer Elevatorstelle entstanden.

Briefkasten der Redaktion.

Wahlverein Mückenberg. „Es gibt keine Worte für dieses erbärmliche Verhalten" — ganz recht. Eine Handhabe jedoch, die Leute zur Niederlegung ihrer Mandate zu zwingen, besteht rechtlich nicht. Sie können ihnen ein Mißtrauensvotum ausstellen, auf Grund dessen die Herren ihr Mandat, wenn sie noch einen Funken Ehrgefühl im Leibe haben, niederlegen. Es gibt da auch so etwas wie eine moralische Pflicht. — Notwendig ist aber vor allem, daß die also Handelnden, wenn sie Mitglieder unserer Partei sind, ausgeschlossen werden. Hier zeigt sich wieder einmal, wie notwendig es ist, gerade bei der Auswahl der Kandidaten vorsichtig zu sein und hierbei vor allem die demokratische Tugend des Mißtrauens walten zu lassen. Beim nächsten Mal werdet ihr gewiß klüger sein und nur Leuten euer Vertrauen schenken, die es wert sind und tatsächlich eure Interessen vertreten wollen.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Fleischabgabe.

Die Fleischmenge für die Woche vom 5. bis 11. Mai beträgt 100 Gramm Fleisch mit Knochen oder Wurst, 80 Gramm Fleisch ohne Knochen oder Gehacktes. Auf Kinderkarten die Hälfte. Es haben nur Fleischmarken (grüne Farbe Nr. [illegible]) für die Woche vom 5. bis 11. Mai Gültigkeit.

Weißenfels, 7. Mai 1919. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190508-17/fragment/page=0003

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Kohlpelsfett in der Talamtschule am Freitag, den 9. Mai 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001 bis 54 800 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 54 801 bis 57 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm zum Preise von 35 Pfennigen abgegeben werden. Gefäße sind mitzubringen. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Seefischverkauf. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt: Der Verkauf wird am Freitag früh in den einschlägigen bekannten Geschäften fortgesetzt. Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein Nr. 20, Abschnitte 291. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine Nr. 16 001—23 000 und 46 001 bis 60 000. Wegen Personenmangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 291 des Warenbezugsscheines 20 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäfts oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Haferflocken. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Haferflocken wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 9. Mai 1919. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 62 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Haferflocken einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 311 des Warenbezugsscheines 21. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen acht Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. bezw. 4. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von Pudding- und Backpulver in der Talamtschule am Freitag, den 9. Mai 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 10 001 bis 12 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 12 501—16 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Paket Puddingpulver zum Preise von 40 Pfg. und ein Paket Backpulver zum Preise von 10 Pfg. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Suppenmehl. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hiedurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen das in nächster Woche zum Verkauf gelangende Suppenmehl am Freitag, den 9. Mai und am Sonnabend, den 10. Mai 1919 abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Das Stadternährungsamt will selbst gedörrtes Gemüse zum freihändigen Verkauf bringen. Das Dörrgemüse ist von ganz hervorragender Qualität. Diejenigen Konsumvereine und Kleinhändler, welche den Verkauf von Dörrgemüse beabsichtigen, werden hiermit aufgefordert, bis spätestens Mittwoch, den 14. d. Mts. einen dementsprechend schriftlichen Antrag beim Stadternährungsamt, Zimmer 11, einzureichen. Der Antrag muß die gewünschten Sorten und deren Mengen enthalten. Es kommen zum Verkauf zu den festgesetzten Kleinhandelshöchstpreisen: Möhren 2.36 Mk. das Pfund, Weißkohl 2.20 Mk. das Pfund, Wirsingkohl 2.52 Mk. das Pfund, Spinat 4.92 Mk. das Pfund.

Ausgabe von Bezugsscheinen über Naßreisteine. Auf Grund der Bekanntmachung vom 24. April 1919 werden in der Zeit vom 12. bis 24. Mai d. J. in den zuständigen Brotmarkenausgabestellen an Haushaltungen Bezugsscheine über 250 Stück Naßreisteine ausgegeben, und zwar an dem für die Ausgabe der Brotmarken festgesetzten Tage. Untermieter erhalten keine Scheine für Preßsteine. Lebensmittelschein ist mitzubringen.

Walhalla-Operetten-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der Zigeunerprimas
Operette von Wilhelm und Grünbaum.
Musik von Kalman.
Oberspielltg. u. Titelrolle: **Gustav Bertram.**
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Stadt-Theater
Freitag, den 9. Mai 1919, Anfang 7½, Ende 10¼ Uhr:
Der Bürger als Edelmann.
Komödie mit Tänzen von Molière.
Musik v. Richard Strauß.
Sonnabend: **Alda.**

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 11. Mai 1919, abends 7½ Uhr:
Nora.
Schauspiel von Ibsen.

Fast ungebrauchte
Möbel aller Art
Stühlen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Aufbaumschränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt 2050
R. Sachse, Hohenmölsen
Lützener Str. 7

Alte Promenade 11a.
Ab Freitag, den 9. Mai, täglich!
Erst-Aufführung!
Der **2.** Teil:
„Die Lieblingsfrau des Maharadscha".
Heute letzter Tag: „Die Lieblingsfrau des Maharadscha" I. Teil.
Alle Vorzüge aufgehoben! Vorführung: 3.00 5.00 7.00 9.20.

Gewandte
Verkäuferin
sucht 3366
A. Lehmann,
Hohenmölsen.

Kraftwagenführer gesucht
Hallesche Maschinenfabrik u. Eisengießerei.
3370

Sozialdemokratischer Verein für Halle-Saalkreis
Donnerstag, den 8. Mai, abends 7½ Uhr
im großen Saal des **St. Nikolaus, Nikolaistr.**
außerordentliche Generalversammlung!
I. Stellungnahme zum Parteitage.
II. Anträge an den Parteitag und Wahl eines Delegierten.
III. Kassenbericht vom I. Quartal. 3345
IV. Anstellung eines Parteisekretärs.
V. Verschiedenes.
Alle Mitglieder sind freundl. eingeladen. Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle am Saaleingang vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Platt-, Senk- und Hohlfuss-Stütz-Einlagen.
2823 Ferner:
Fersen-Einlagen,
Mittel geg. Ballen, Schwielen, Hornhaut und Hühneraugen.
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Apollo-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
Gastspiel des Komikers
Paul Beckers
mit seiner Gesellschaft.
„Fliegentöttenheinrichs Glück."
Burleske in 3 Akten von B. Holländer.
Vorverkauf 9—1 u. 5—½7.
Nur frühzeitige Billettbestellung führt gewünschten Platz.

Bad Wittekind.
Freitag, den 9. Mai 1919, nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36. A 135
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise:
für Erwachsene 60 Pfg.
„ Kinder 40 „
Dauerkarten haben Gültigkeit.

Mozartsaal, Donnerstag, den 8. Mai, 8 Uhr abends.
In öffentlicher Versammlung spricht 3314
über die Not der ausgewiesenen Elsaß-Lothringer
Herr **Gilg** aus Berlin, früher Stadtrat in Colmar.

Vorträge über die politische und soziale Entwicklung des Auslandes seit 1914
in der **Aula der Universität.**
Zweiter Vortrag
am **Freitag, den 9. Mai,** abends 8 Uhr.
Es spricht Professor Dr. **Salomon** aus **Leipzig** über **„ENGLAND".**
Eintrittskarten in der Lippert'schen Buchhandlung und an der Abendkasse.

Hippodrom
Wintergarten
Direktion: Georg Arndt. 3371
Tägl. gr. Reit- und Sportfest.
Am Sonnabend ab 7 Uhr abds.: **Gr. Kavalierball.**

Modell
zum Damenhüte-Putzen gesucht.
Ertel, Weißdorfstr. 16.

Eßlöffel, Eßgabeln u. Kaffeelöffel
in Aluminium und in Stahl stark versilbert.
In Ausführung, empfiehlt äußerst preiswert
Alfred Otto,
Halle a. S., Berchenfeldstr. 3, II. 3362

Vernickeln und Emaillieren
von Fahrrädern,
Anfarbeiten von Metallgegenständen.
Gebr. Plato, Metallwaren-Fabrik
(Abt. Galv. Inst.).

Korbmöbel
für Balkon, Veranden, Gärten usw. sind wieder in großer Auswahl eingetroffen.
Theodor Lühr,
Leipzigerstraße 94. Tel. 6198.

Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.
Wieder eingetroffen:
Wahlgesetz
zur verfassunggebenden deutschen National-Versammlung.
Preis: 30 Pfg.

Elsasser Hemdentuch 12.75
80/82 cm breit Meter
für Leib- und Bettwäsche
Brummer & Benjamin
Gr. Ulrichstrasse 22/23. 3366

100 Mark Belohnung!
In der Nacht vom 1. zum 2. Mai ist aus dem Kettenantriebs-Gebäude ein neuer Lederriemen 15,50 m lang, 20 mm breit und 6 mm stark gestohlen worden. Festgestellte Spur führt nach Crumpa. Obige Belohnung erhält derjenige, der sachdienliche Angaben machen kann.
Verwaltung d. Grube Emma bei Lützkendorf.

Kohlenbelieferung 1919-20.
Wir haben den Vertrieb von Brennmaterialien neu aufgenommen und nehmen Anmeldungen zur Eintragung in die Kunden-Liste entgegen.
Speditions-Verein
Mittel-Elb-Hafen- und Lagerhaus Aktien-Gesellschaft
Kohlen-Abteilung
Hafenstraße 21. Telephon 5708. 3337

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Zahn-Praxis
Laske
Gr. Ulrichstrasse 63, III.
Zähne von 4 Mk. an.
Plomben „ 2 „ „
Zahnziehen 1 Mk.
Goldkronen, Stiftzähne
Reparaturen 3 Mk.
Schonende technische Behandlung.
Sprechzeit von 9—12 u. 3—6 Uhr. 3363
Sonntags 9—12 Uhr.

Ia Brühwürstchen
1 Paar 130 Pfg.
täglich frisch in meinen sämtlichen Filialen zu haben.
Für Wirte, Kantinen etc. Versand nach außerhalb — als Expreßgut von 100 Paar ab franco. —
Albert Knäusel Kontor und Lager: Kl. Ulrichstr. 24b. Telph. 1484

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190508-17/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 102. Halle, Donnerstag, den 8. Mai 1919. 3. Jahrgang.

Wie wir uns die neue Hochschule denken.

Von W. Victor, jur. et rer. pol.

Obmann der Sozialistischen Studentengruppe, Halle.

Die alte Hochschule, die Universität von heute noch, ist ein Klasseninstitut. Nur wer durch der Eltern Vermögen, höchst selten einmal andere Glückszufälle durchs Gymnasium bis zur sogenannten „Reife"prüfung gebracht, dann noch vermag, nicht nur die Kosten für das Studium aufzubringen, sondern auch die Lebensmöglichkeit über die erwerbslosen Studienjahre, kann sie besuchen, wird durch Examina (die wiederum hunderte Mark kosten) in die Lage versetzt, im Staate eine Stellung einzunehmen. Daß zudem die Art und Weise des Lehrbetriebes höchst mangelhaft („Vorlesungen"), daß das ganze akademische Leben voll unhaltbarer Zustände ist (Verbindungswesen, akademische „Disziplin", Stellung zu Gewerbetreibenden, Ausländern u. a. m.), ist ja bekannt und soll in diesen, der künftigen Hochschule gewidmeten Zeilen nicht näher erörtert werden. Daß mit der Sozialisierung unseres ganzen Wirtschaftslebens auch eine umfassende des Bildungswesens notwendig eintreten muß, wird jedem klar sein und „Schulreform" und „Einheitsschule" sind ja auch Kapitel, die heutzutage an der Tagesordnung sind. Hand in Hand mit der Revolutionierung der Schule muß aber eine solche der Hochschule gehen, über deren Zielprogramm weniger bislang gesprochen ist. Im folgenden soll nun dargelegt werden, wie wir sozialistischen Studenten von heute uns die neue Hochschule denken, wobei zu bemerken ist, daß es sich dabei nicht um die Ideen einer (der hiesigen) Gruppe etwa handelt, sondern um eine Zusammenfassung der Pläne der verwandten Arbeitsgemeinschaften, wie sie in Jena auf dem von allen deutschen Hochschulen beschickten Kongreß zutage traten.

Die neue Hochschule gliedert sich an den Unterbau einer einheitlichen Schule derart an, daß allen Begabten gleichmäßig der Weg zum Studium an ihr offen steht. Irgendwelche andere Norm als das Geeignetsein gibt es für die Zulassung ebensowenig, als die Zahlung irgendwelcher Kolleggelder, Immatrikulations- und Examensgebühren. Die Teilnahme ist völlig unentgeltlich und werden die Kosten ebenso wie die für den Lebensunterhalt des Lernenden von der Gemeinsamkeit getragen. Irgendwelche Ausnahmebestimmungen für Ausländer gibt es nicht. Es werden Studenten und Dozenten unterschieden. Alle Rangunterschiede hier wie dort fallen weg. Die Dozenten haben das Recht und die Pflicht, jeden geeignet Erscheinenden zur Teilnahme zuzulassen. (Auch außerhalb des normalen Bildungsganges, wofür eine besondere Rechtsform gefunden ist.) Selbstverwaltung der Dozenten wie der Studenten in disziplinarrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung. (Allgemeines, gleiches, geheimes Verhältniswahlrecht.) Völlige Koalitionsfreiheit, keine Anmeldepflicht, Ueberlassung von Hörsälen, Anschlagbrettern usw. durch die Hausverwaltung. Im übrigen sind den Studierenden restlos alle Freiheiten gewährt, soweit sie dem Geist der neuen Hochschule nicht widersprechen, das heißt dem der sozialistischen Lebensgemeinschaft und der Erziehung zur Humanität. An Titeln ist der „Doktor" und der „Professor" bestehen geblieben. Im Senat sind auch die Studierenden der neuen Hochschule in einer gewissen Anzahl (1/3) vertreten. Auswahl der Dozenten lediglich auf Grund ihrer wissenschaftlichen Befähigung und Gemeinnützigkeit, nicht wie oft bisher nach wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten, durch den Senat.

Der Lehrbetrieb selbst kennt keine Vorlesungen mehr. An ihre Stelle ist der Lehrvortrag, wie die Freie Hochschulgemeinde Marburg in ihrem Programm (Heft 4 des „Aufbau", Blätter der Freien Hochschulgemeinde Berlin) sagt, die „Lehrunterredung" getreten. „Durch die Form des Lehrvortrags soll der Studierende durch den Lehrenden mit hineingerissen werden in das sich erzeugende Wissen. Der Lehrer soll lebendig, plastisch reden, nicht historisch-rationalistisch vorlesen. Der Hauptwert des Vortrages ist auf die irrationalistisch-problematische Erregung, nicht auf die historisch-rationalistisch-dogmatisch zu gebende Examens-Stoff-Fülle zu legen. Die Lehr- und Hörmethode ist durch die sokratische Art des Unterrichtens in einer Kombination von Vorlesung und Seminar zu ersetzen. An einen provokatorischen, lebendigen, prinzipiellen, freien Vortrag (er kann spontan zur Einleitung von Wechselgespräch unterbrochen werden) schließen sich Unterredungen an, die solange fortzusetzen sind, bis die Schüler die Problematik des Stoffes erkannt und Wege zur Lösung entdeckt haben." Der ganze Betrieb nähert sich immer mehr dem Charakter von Colloquien. Auch die Seminare sind umgebaut. Es kommt jetzt mehr darauf an, Arbeitsgemeinschaften auf bestimmten Gebieten zu haben. Wenige Teilnehmer. Strenge Auslese der Besten. Mitbestimmung des „Was" und „Wie" durch die Studierenden. Neue Lehrstühle. Z. B. Sozialismus, Soziologie, Pädagogik, Kunst, Kulturprobleme, Pazifismus. Keine theologische Fakultät mehr. Aufteilung unter historische und philosophische Fakultät. Praktische Kurse auf allen Gebieten. Die neue Hochschule ist wissenschaftlich völlig autonom. Rede (auch auf dem Katheder) und Schrift sind frei für Dozenten und Studenten. Die Examina sind von Grund auf abgebaut und neu gestaltet. Der entscheidende Hauptwert wird darauf gelegt, ob eine schöpferische wissenschaftliche Leistung vollbracht ist.

In großen Zügen und Stichworten ist das ungefähr die Aussicht der neuen Hochschule. Näher auf Einzelheiten kann nicht eingegangen werden, ohne auf Punkte zu kommen, in denen unsere Forderungen nicht mehr ganz übereinstimmen. Soweit in den aufgeführten Punkten (z. B. Titelfrage) die Meinungen auseinandergehen, bin ich der mir nächstliegenden Ansicht gefolgt. Wie soll nun diese neue Hochschule aufgebaut werden? Wie können wir sie schaffen, wie zu ihr kommen? Da ist es natürlich klar, daß sich ein gemeinsames Aktionsprogramm nicht aufstellen läßt, zumal bei den Radikalsten unter den Kommunisten jede „Flickarbeit" verpönt ist und sie erst nach Aufrichtung der Diktatur des Proletariats an die Revolutionierung der Hochschule herangehen wollen. Ueber die Maßnahmen, die sogleich getroffen werden können und sollen, wäre folgendes noch zu sagen. An jeder Universität und Hochschule bilden sich „Ausschüsse zur Revolutionierung der Hochschule" oder solche „zum Neuaufbau der Hochschule". „Bilden sich", d. h. nicht auf Grund von Wahlen, sondern solche, die sich nach Befähigung und Interesse dafür geeignet halten, tun sich zusammen. Und zwar Professoren, die bereit sind, im Sinne der Richtlinien und Grundsätze der neuen Hochschule oder wenigstens auf ähnlicher Basis mitzuarbeiten, Studierende und geistig Interessierte aus dem werktätigen Volke. Den Ausschüssen entspricht ein Zentralausschuß am Sitze der Regierung. Vertretung im Kultusministerium wird ohne weiteres durchzusetzen sein. Gemeinsame Arbeit unter Berücksichtigung aller Forderungen und Wünsche auf Neugestaltung setzt ein, und Stein auf Stein am Neubau wird gesetzt, Feste auf Feste der Reaktion genommen, und durch Sozialisierung auch der Hochschule gewährleistet, daß die Revolution wirklich kulturell fruchtbar wird. Denn nur durch völlige Erfassung und Ausnutzung aller Kräfte, die mehr denn je heute in der proletarischen Jugend schlummern, kann der Sozialismus Wirklichkeit werden. Daß wir sozialistischen Studenten uns voll und ganz in den Dienst dieser unserer Zukunft stellen, soll durch diese Zeilen dargetan sein.

Halle und Saalkreis.

Halle, 8. Mai 1919.

Außerordentliche Generalversammlung der S. P. D., Halle-Saalkreis.

Donnerstag, den 8. Mai, abends ½8 Uhr, findet im großen Saal des St. Nikolaus, Nikolaistraße, eine außerordentliche Generalversammlung der alten sozialdemokratischen Partei Halle-Saalkreis statt, die sich mit einer sehr wichtigen Tagesordnung, in erster Linie mit dem Parteitag, zu beschäftigen hat. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Die Kohlennot.

Von der Ortskohlenstelle wird uns geschrieben:

„Immer noch sind über die Kohlenversorgung ganz falsche Ansichten verbreitet. Zunächst sei nochmals klar gesagt, daß die Kohlenversorgung sich von der Lebensmittelversorgung grundsätzlich dadurch unterscheidet, daß beispielsweise Butter, Fleisch, Brot, Kartoffeln und anderes mehr an die Stadt geliefert und von ihr verteilt wird, mit oder ohne Zuhilfenahme des Handels ist dabei ziemlich unerheblich für den Verbraucher, die Hauptsache bleibt: vorhandene Mengen werden einfach verteilt auf den Kopf der Bevölkerung. Bei der Kohle ist es anders: Die Kohle ist nicht beschlagnahmt, wie Getreide, Kartoffeln, Fette usw.; die Stadt bekommt keine Kohle zum Verteilen, sie gibt nur Scheine aus, die berechtigen, Kohle im freien Handel zu kaufen, wie es bei Kleidertoffen, Schuhen ähnlich ist. Wieviel Kohle jedesmal zur Verfügung steht ist ungewiß, je weniger große Mengen also auf einmal mit Scheinen ausgegeben werden, desto eher ist es zu erwarten, daß die geringen Mengen auch in absehbarer Zeit geliefert werden können. Vorhanden, einfach zum Verteilen sind sie überhaupt niemals. Kohlen werden auch nicht nur von Haushaltungen, sondern in beinah der gleichen Masse auch von Gewerben und Anstalten verbraucht. Bei 60 000 Haushaltungen in Halle sind auf die 5 Zentner-Karte allein 250 000 Zentner oder 12 500 Tonnen Briketts nötig; eine Menge, zu deren Einfuhr unter Berücksichtigung des Gewerbeverbrauchs allein bei der jetzigen Zuteilung durch den Reichskommissar zwei Monate mindestens notwendig sind, d. h. es kann die Hälfte der Einwohnerschaft gar nicht damit rechnen, daß sie vor Ablauf von 4—6 Wochen die 5 Zentner im Keller hat. Wollte aber jeder für sich gleich 20—30 Zentner oder noch mehr, dann dauert es ein Jahr lang, bis der letzte Haushalt daran kommt. Solche einfache Ueberlegungen sollten jeden abhalten mehr zu verlangen als eben mit Rücksicht auf die Allgemeinheit gegeben werden kann. Das Beste ist: abholen zentnerweise.

Jedenfalls können aber die vielen Wünsche, die über die Möglichkeiten der Verordnungen hinausgehen, nicht berücksichtigt werden und wir möchten den guten Rat geben, im Besitz des neuen Kohlenscheins, zunächst sich diese 5 Zentner zuhaben zu lassen, wenn es so lange Zeit hat, oder sie im Einzelnen abzuholen und ruhig zu warten, bis weitere Scheine ausgegeben werden. Diese Ausgabe wird jetzt je nach dem Fortgang der Lieferungen fortgesetzt."

Eine recht gut gemeinte Auslassung, die aber herzlich wenig helfen wird und nur zeigt, wie mies es mit der Organisation der Kohlenversorgung steht und daß diese im Interesse des Volksganzen eine grundlegende Veränderung erheischt.

Entlassung gewerblich tätiger Kriegerwitwen.

Eine Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung vom 4. Januar 1919 nimmt Stellung zu der Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung. § 7 dieser Verordnung beschäftigt sich mit der Auswahl der zu entlassenden Arbeiter. Bei den Entlassungen sollen zunächst die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Ersetzbarkeit des einzelnen Arbeiters geprüft werden.

Reichsortiertes Lager
moderner
Blusen ❖ Kleider ❖ Röcke
Stets Eingang letzter Neuheiten!
Frühjahrs-Neuheiten in
Seidenblusen, hellen und dunklen Schleierstoffblusen, mod. Wasch-, Woll- und Seidenkleidern
besonders preiswert!!
Brummer & Benjamin
Grosse Ulrichstrasse 22-23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190508-17/fragment/page=0005

sodann Lebens- und Dienstalter sowie Familienstand des Arbeiters.

Arbeiter mit versorgungsberechtigten Familien sollen zunächst in der Arbeitsstelle belassen werden. In diesem Kreise sind die Kriegshinterbliebenen angemessen zu berücksichtigen, d. h. sie sollen soweit möglich in den Betrieben belassen werden.

Die Soziale Abteilung der Nationalstiftung hat diese Verordnung zum Anlaß genommen, um verschiedene Reichs- und Staatsbehörden, in deren Bereich Kriegerwitwen in größerer Zahl beschäftigt werden (Post, Eisenbahn usw.), auf diese Bestimmung hinzuweisen und sie zu ersuchen bei den nachgeordneten Stellen auf ihre Befolgung hinzuwirken.

Ein Wohlfahrtsamt in der Provinz Sachsen.

Für die Provinz Sachsen ist dieser Tage ein **Wohlfahrtsamt** errichtet worden. Vor dem Kriege war die Wohlfahrtspflege hier ziemlich entwickelt. Eine große Anzahl von Vereinen und anderen Körperschaften war in dieser Richtung tätig. Während des Krieges trat eine gewisse Wendung ein. Jetzt versucht man die Wohlfahrtseinrichtungen wieder auf die alte Höhe zurückzubringen und noch auszubauen (z. B. für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene). Größere Wohlfahrtsvereinigungen der Provinz haben nunmehr den Wunsch ausgesprochen, sich noch enger zusammenzuschließen, um so besser und gleichmäßiger den Bedürftigen ihre Hilfe angedeihen lassen zu können. Als Aufgaben für das Wohlfahrtsamt der Provinz Sachsen sind unter anderen vorgesehen: Förderung der bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen, Schaffung **neuer** Einrichtungen, statistische und wissenschaftliche Arbeiten usw. Aus der Satzung ist folgendes bemerkenswert: Die Vereinigung trägt den Namen „Provinzialwohlfahrtsamt". Die Mitgliedschaft steht allen Behörden, Wohlfahrtsvereinen, Gesellschaften usw der Provinz offen, ebenso können Privatpersonen beitreten. Die Befugnisse des Vorstandes sollen in einer Mitgliederversammlung näher bestimmt werden. Zur Geschäftsführung soll ein besoldeter Geschäftsführer angestellt werden. Der Vorstand hat der mindestens einmal im Jahre zusammentretenden Mitgliederversammlung Rechnung über die Maßnahmen der Verwaltung zu geben. — Am Gründungstage erklärten bereits 87 Körperschaften ihren Beitritt. Es wurden bereits rund 300 000 Mark für die Gründung zur Verfügung gestellt. Als Mitglieder sind vor allem viele Kommunalverwaltungen, soziale Versicherungskörperschaften usw. beigetreten.

Schwurgericht.

Halle, 6. Mai. Auch in der heutigen elf Stunden währenden Verhandlung handelte es sich nur um Plünderungsvorfälle, vom Sonntag, den 2. März, abends. Wegen schweren Landfriedensbruch waren unter Anklage gestellt, der Arbeiter **Kurt Hammer**, 24 Jahre alt, die Ehefrau **Lina Schulze**, 29 Jahre alt und die Ehefrau **Anna Kimpfel**, 42 Jahr alt, sämtlich aus Halle. Die Angeklagten hatten sich bereits vor der Strafkammer zu verantworten, letztere erklärte sich auch in diesen Fällen für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht. Hammer will erst allein in der Nähe des Geschäfts von Bradebusch einen gepackten Karton gefunden und denselben in die Wohnung der Frau Kimpfel getragen haben. Diese sei mit Frau Schulze zu den Schwiegereltern der letzteren nach dem Kühlen Brunnen gegangen und er sei fortgegangen, um die Frauen zu suchen. Er habe sie dann bei Café Zorn getroffen und sei mit ihnen die Leipziger Straße hoch gegangen. Bei Elkan und „Haus und Herd" sei geplündert und sie hätten dort einiges von einem Soldaten bekommen, der einen bepackten Handwagen bei sich hatte. Frau Schulze habe bei „Haus und Herd" eine kleine Schüssel von der Straße aufgelesen. Am Riebeckplatz seien sie von Landesjägern angehalten, durchsucht, festgenommen und nach dem Hauptbahnhof gebracht. Die Beweisaufnahme gestaltete sich sehr umfangreich und die Darstellung der Vorgänge durch die Beschuldigten wurde durch die Zeugen stark erschüttert. Die Angeklagten hatten auch in der Voruntersuchung ganz andere Angaben gemacht, die sie aber heute teilweise bestritten. Die Männer beider Frauen befinden sich noch in Gefangenschaft. K. ist durch Verlust beider Füße lebenslänglicher Krüppel geworden, beide haben eine Reihe von Kindern zu versorgen. Die Geschworenen bejahten bei allen Angeklagten die Schuldfragen auf schweren Landfriedensbruch, sowie die Fragen nach mildernden Umständen. Das Urteil lautete antragsgemäß gegen Hammer und Kimpfel auf je 2 Jahre, gegen Schulze auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Hammer wurden 2 Monate, den Frauen je 3 Wochen Untersuchungshaft angerechnet. Ferner wurde bei allen Angeklagten auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren erkannt. Nach dem Antrag der Staatsanwaltschaft erklärte Frau Sch., man möge ihr einen Strick geben, an dem sie sich aufhängen könnte und Frau K. bat nach der Urteilsverkündung, man möge ihr anstatt 2 Jahre Gefängnis lieber 1 Jahr Zuchthaus zudiktieren, damit sie früher zu ihrem doch nun bald zurückkehrenden Manne und den Kindern käme. Die Geschworenen haben einstimmig beschlossen, für beide Frauen ein Gnadengesuch einzureichen und die Aussetzung des Strafvollzuges bis zur Erledigung dieses Gesuches zu befürworten. Gerade die heutige Verhandlung warf ein grelles Schlaglicht auf die bekannten Vorgänge an den kritischen Plünderungstagen. Man möchte von einer Vergiftung der Volksseele sprechen, die durch die Urheber dieser Vorgänge hervorgerufen und durch die schwere wirtschaftliche Not vieler Beteiligter begünstigt wurde. Wie anders wäre es sonst wohl zu erklären, daß bisher unbescholtene, arbeitsame Männer und Frauen aller Altersstufen an den Plünderungstagen jeden Sinn für Recht und Unrecht verloren hatten? Das von den Verteidigern häufig angewandte Wort „Massensuggestion" hat eine tatsächliche Berechtigung! #

• **Die Sparkasse der Stadt Halle.** Vom 1. bis 30. April dieses Jahres gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 31. März 93 408 646,85 Mk. gegen 74 739 256,04 Mk. im Vorjahre. Einzahlungen vom 1. bis 30. April 6 698 623,73 Mk. gegen 4 382 439,20 Mk. im Vorjahre. Zusammen: 100 107 270,58 Mk. gegen 79 121 695 24 Mk. im Vorjahre. Rückzahlungen vom 1. bis 30. April 5 282 852,60 Mk. gegen 4 849 642 40 Mark im Vorjahre. Bestand am 30. April 94 824 417,98 Mk. gegen 74 272 052,84 Mk. im Vorjahre.

• **Das Wachtregiment bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:** In der Ausgabe vom 2. Mai 1919 behauptet das Volksblatt, daß anläßlich der Maifeier, Landesjägerkorps, Wachtregiment, Freikorps Halle und Schutzwehr alarmiert und in ihren Kasernen zusammengezogen worden seien. Das Kommando des Wachtregiments teilt uns dazu mit, daß **diese Behauptung vollkommen unzutreffend** ist. Vom Wachtregiment sind anläßlich der Maifeier Alarmvorbereitungen nicht getroffen worden.

Vorträge über die politische und soziale Entwicklung des Auslandes seit 1914. In der Aula der Universität findet am Freitag der zweite Vortrag statt. Herr Prof. Dr. **Salomon** aus Leipzig spricht über England. (Siehe Inserat.)

• **Der Naturwissenschaftliche Verein** für Sachsen und Thüringen hält am Freitag, den 9. Mai, im Auditorium maximum, abends 8½ Uhr eine Sitzung ab. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Brandes, Direktors des Zoologischen Gartens in Dresden, über „Experimentelle Beeinflussung der Geschlechtsmerkmale bei den Tieren", mit Lichtbildern. Gäste willkommen.

• **Der Verein für Kriegshilfe hat der Ortsgruppe Halle des** Hilfsbundes für die **Elsaß-Lothringer** im Reich eine **Spende von 1000 Mark** überwiesen.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr wird Lortzings Oper „Undine" wiederholt. Freitag „Der Bürger als Edelmann", Komödie mit Tänzen von Molière, Musik von Richard Strauß. Sonnabend „Aida". Sonntag nachmittag 3½ Uhr Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen „Das Dreimäderlhaus", abends 7½ Uhr „Die Rose von Stambul". Montag „Carmen".

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 11. Mai abends 7½ Uhr durch das Personal des Stadttheaters das Schauspiel „Nora" von Henrik Ibsen zur Aufführung.

Bad Wittekind. Morgen, Freitag, nachmittags 3½ Uhr findet Kurkonzert von der Kapelle des Füsilier-Regts. Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. Die Vortragsfolge enthält Werke von Kretschmer, Mozart, Händel, Verdi, Sibelius, Legneavallo, Reindel, Thomas, Blon, Rosenkranz und Strauß. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 60 Pfg., für Kinder 40 Pfg. Dauerkarten haben Gültigkeit. (Siehe Anzeige.)

Frauen heraus!

Ich hatte heute seltenen Besuch, die Kreisfürsorgerin des Kreises M. Im Spätherbst vergangenen Jahres waren wir das letzte Mal zusammen, Pflichtenmenschen müssen sich die Feierstunden stehlen. Aber was hat die kurze Zeit aus dieser starken, frohen Frau gemacht, die Zeit und — — die Menschen! Seit den spartakistischen Februarunruhen ist sie heimatlos, aus ihrem Wirkungskreis vertrieben wie ein räudiger Hund, sie, die vielen hundert Müttern mit ihren Kindern Stab und Stütze war, die schwache Kranke, tuberkulöse Frauen betreute mit warmer Mütterlichkeit. Immer wieder muß ich das Gesicht ansehen, heimlich nur, um ihr nicht noch weher zu tun. Die tiefe senkrechte Stirnfalte zwischen den Augen verrät Verbitterung, die mit unserem Schwesternberuf schwer in Einklang zu bringen ist und in den ernsten Augen liegts wie Tränen, geweinte und ungeweinte.

Wie es gekommen ist, daß sie flüchten mußte?! Von dem Fenster eines Hauses am Markt in M. hatte sie bei den Volksaufläufen im Februar die Reden einiger Radikalinski mit angehört. Sie, die alle Not des arbeitenden Volkes seit langem gründlich kennt, die alle Stunden ihres Tageslaufes einzig den Müttern des Volkes widmet, bemüht, die Wunden und Gebrechen zu lindern, die eine unheilvolle Gesellschaftsordnung den Armen und Enterbten schlug, sie hatte in heißer Empörung einem Standalinski vom Fenster aus zugerufen: „Pfui, schämt euch, die unglücklichen Menschen so zu verhetzen". Das war ihr Verbrechen. Eine Bande von Rohlingen, die jetzt überall bei der Hand sind, wo es gilt, die Kraft der Faust zu erproben, sei es nur an einer

Jeder Genosse hat die Pflicht,

die Parteiorganisation durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken, dem Parteiorgan, der Volksstimme, neue Leser zuzuführen, alle Veranstaltungen des Parteivereins regelmäßig zu besuchen, die Parteibeiträge pünktlich zu entrichten und auch sonst vor keinem Opfer und keiner Arbeit zurückzuschrecken, wenn es gilt, in dieser ernsten Zeit die Ziele der alten Sozialdemokratischen Partei hochzuhalten und zu fördern!

wehrlosen Frau, die im Dienst werktätiger Menschenliebe steht, diese Bande stürmte ins Haus, um die Fürsorgerin herauszuholen — — was wäre der Aermsten Schicksal gewesen, hätten jene sie in die Hände bekommen? Namen wie Klüber, Neuring u. a. ziehen am geistigen Auge vorüber. Sie hatte das Haus durch die Hintertür verlassen, unterdessen haben jene Gewaltmenschen die Wohnungsinhaberin wiederholt mit dem Tode bedroht, weil sie sich weigerte, den Namen der Schwester preiszugeben, sie haben die Schränke, die Betten durchwühlt und sind immer und wieder zurückgekehrt, um der Schwester habhaft zu werden. Es ist ihnen nicht geglückt. Aber sie ist unterdes wie ein gehetztes Wild auf der Landstraße weiter geflohen, dem körperlichen und seelischen Zusammenbruch nahe, erwägend, ob es nicht das Beste sei, den undankbaren Menschen ganz aus dem Wege zu gehen und Vergessen zu suchen, dort, wo das Wasser am tiefsten ist. Ihre starkgeistige Natur hat den Sieg über die Verzweiflung an allem, was gut und edel ist im Menschen, davon getragen. Und das ist recht so. Ihr Unterliegen wäre der Verlust eines wertvollen kenntnisreichen und tiefveranlagten Menschenlebens gewesen.

Euch Frauen aber, die ihr Wesen und Wirken eurer Fürsorgerin wohltätig verspürtet an euch und euren Kindern, euch Frauen und Mütter frage ich: Wie lange noch wollt ihr euch führen und leiten lassen von jenen unverantwortlich an euch handelnden Radika- und Standalinskis?! Haben euch ihre Fanatismus durchtränkten Reden auch nur um Haaresbreite genützt? Halfen schöne Worte euch in eurer Bedrängnis, gaben sie euren Kindern Brot?! Jene Frau, eure Fürsorgerin, war nicht allmächtig, aber **ihr Leben ist Tat!** Und wird es weiter bleiben, obgleich sie durch die unglaublich rohen Vorgänge ein gut Teil irre an der Menschheit wurde. Sie trägt keine Schuld an den heute bestehenden Zuständen, ganz gewiß nicht. Aber sie mühte sich, euch eure schwere Mutterlast zu erleichtern, wo und wenn Not und Sorge an eure Tür klopfte. Ihr wißt das besser, als ich es euch sagen könnte. Und nun habt ihr sie heimatlos gemacht! In ihre Wohnung in M. wagt sie sich nicht — bestialisch totgeschlagen werden ist nichts Angenehmes, lieber sucht man freiwillig den Tod.

Ihr Frauen, denen sie half, müßtet euch stellen wie eine Mauer jenen rohen Männern gegenüber, die eine Wehrlose aus eurem Geschlecht brutalisieren wollen. Ermannt euch, handelt! Was Frauen einander bedeuten, vermögen Männer nicht bis in die letzten Tiefen zu ermessen.
Schwester Lydia **Ruehland**.

Parteinachrichten.

Protest gegen die Wirtschaftssachverständigen. Die Landesversammlung der **Sozialdemokratischen Partei Hamburgs** protestierte dagegen, daß die Wirtschaftssachverständigen der Friedensdelegation vornehmlich aus den Kreisen **kapitalistischer Kapazitäten** genommen sind. Die Heranziehung eines so schwer kompromittierten Großkaufmanns wie **Witthoeft** bedeute eine **Provokation** der gesamten Hamburger Arbeiterschaft.

Vom französischen Parteitage

wurde ein Aktionsprogramm beschlossen. Es fordert das Zusammentreten der Konstituante, um die neuen, für die wirtschaftliche und politische Tätigkeit des Landes notwendigen Einrichtungen zu treffen. Das Programm fordert, der Staat solle jene Gewinne an sich ziehen, die während des Krieges widerrechtlich verwirklicht wurden; außerdem soll der Staat starke Steuern auf die gebildeten Kapitale, Steuern auf die Bereicherung erheben und fiskalische Monopole für Luxusgegenstände einführen. Eisenbahnen, große Transportunternehmungen, Bergwerke, Banken und Versicherungen usw. sollen durch den Staat, die Departemente und die Gemeinden unter der Kontrolle der Konsumenten betrieben werden.

Was sofortige Reformen anbelangt, fordert die Partei die Organisation der Arbeiterschaft, die Vermeidung des Streiks durch die Organisation, der Anstellungsbedingungen, die Entwicklung der sozialen Versicherung für die französischen und fremden Arbeiter, den Schutz ihrer Gesundheit, die Sicherheit der Arbeit, die Herabsetzung der Arbeitsstunden, die Festsetzung eines Lohnminimums, den Schutz der Mütter und Kinder, die Festlegung jeglichen Unterrichts in einem einzigen nationalen Schulwesen (der Unterricht soll gratis und obligatorisch sein), Verbesserung der Wohnungen, Entwicklung der Konsumvereine und Organisation der Sport-, Kunst- und anderen Vergnügungen.

Gewerkschaftliches.

Die vierte Mitglieder-Million

haben die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände Ende April überschritten. Am Ende des 3. Quartals 1918 zählten die deutschen Gewerkschaften 1 415 452 Mitglieder. Bis Jahresschluß erreichten sie etwa 2 Millionen, Ende Januar 2½ Millionen, Ende Februar 3 Millionen und seitdem haben sie ihre Reihen wieder um 1 Million verstärkt. Wenn die Entwicklung im gleichen Tempo so weitergeht, so wird der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Satzungen auf dem Ende Juni in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftskongreß beschlossen werden sollen, wahrscheinlich seine Wirksamkeit mit einer Gesamtmitgliederzahl von fünf Millionen beginnen können.

Von den 50 Gewerkschaften zählt der Deutsche Metallarbeiterverband allein 1 006 993 Mitglieder, während 10 Verbände zwischen 100 000 bis 400 000 Mitglieder aufweisen (Fabrikarbeiter 400 000, Transportarbeiter 272 000, Bauarbeiter 270 000, Eisenbahner 250 000, Holzarbeiter 222 043, Textilarbeiter 210 669, Bergarbeiter 200 000, Gemeindearbeiter 166 155, Landarbeiter 150 000 und Handlungsgehilfen 135 000). Seit der Vorkriegszeit haben die Gewerkschaften um 1,5 Millionen Mitglieder zugenommen. Von dieser Zunahme entfallen allein 88 Proz. (1,3 Million) auf die Verbände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Gemeindearbeiter, Handlungsgehilfen, Bergarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Schneider, Holzarbeiter und Schuhmacher; dazu kommt der neue Verband der Eisenbahner mit 250 000 Mitgliedern. Dagegen sind die baugewerblichen Verbände mit etwa 130 000 Mitgliedern gegenüber der Vorkriegszeit im Rückstand geblieben, weil das Baugewerbe noch völlig darniederliegt. Doch können sich nach Wiederaufnahme der Bauarbeit ganz erhebliche Verschiebungen ergeben.

Der starke Mitgliederandrang stellt natürlich an die Gewerkschaftsfunktionäre ganz außerordentliche Ansprüche. In manchen Verbänden reicht die Zahl der besoldeten Kräfte nicht aus, um den Anforderungen nach Verwaltungsarbeit und Tarifabschlüssen zu genügen. Um so wahnwitziger ist das Treiben eines Teiles der der Unabhängigen Sozialdemokratie und den Kommunisten nahestehenden Gewerkschaftsmitglieder, die die alten, erfahrenen Gewerkschaftsangestellten kündigen und maßregeln, weil ihnen ihre politische Gesinnung nicht gefällt. Keine Organisation kann jetzt ihre Kräfte entbehren. Die Arbeiterschaft hat selbst den empfindlichsten Nachteil davon, wenn sie dieser Maßregelungspraxis noch länger ruhig zusieht.

Soziales.

Das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung teilt in einem Erlaß vom 26. April mit, daß die Demobilmachung soweit vorgeschritten sei, daß das genannte Ministerium mit dem 1. Mai d. J. aufgelöst wird. Die ihm zugewiesenen Aufgaben werden fortan von den zuständigen Reichsministerien ausgeübt werden.

15 Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte werden in Preußen durch eine Regierungsverordnung geschaffen, die auch zugleich für die Kriegshinterbliebenenfürsorge zuständig sind. Sie sollen den Provinzialverwaltungen und dem Magistrat von Berlin angegliedert werden. Dagegen soll eine Landesstelle für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vorläufig nicht errichtet werden.

Geschäftsstelle für soziale Wohnungsreform. Eine durchgreifende Abänderung und großzügige Umgestaltung der gesamten Boden-, Bau-, Haus- und Wohnungswirtschaft sind schon vor der Staatsumwälzung erstrebenswerte Ziele erfahrener Kenner der Wohnungsreform gewesen. Ganz besondere Beachtung verdienen die Reformvorschläge von Georg Heyer, wie sie in seiner gedankenreichen Broschüre „Soziale Wohnungsreform" näher dargelegt sind. Die allgemein anerkannte Tatsache, daß die Durchführung seiner Pläne in ganz erheblichem Maße zur Wiedererstarkung unseres ganzen deutschen Volkes beitragen und auch zu der wünschenswerten Entschuldung des Hausbesitzes führen kann, die bestehende Möglichkeit einer Verwirklichung der Gedanken auf gesetzgeberischem Wege und insbesondere die Erledigung der Vorarbeiten haben zur Begründung der Geschäftsstelle für soziale Wohnungsreform Berlin-Friedenau, Barzinerstraße 11, geführt. Die Geschäftsstelle, die unter Leitung des Dr. jur. Ludwig Meyer steht, gibt auf alle in das Gebiet schlagende Fragen weitgehendst schriftlich oder mündlich Auskunft.

Zeichen der Zeit.

Wer will die Zeichen der Stunde deuten?
Wer will den Schleier lüften der Zeit?
Werden die Glocken bald Frieden läuten?
Wird die Erde aufs neue geweiht?

Werden wir weiter ins Dunkel sinken?
Tiefer in Nacht, tiefer in Not?
Sind die Fahnen gehißt schon, die winken:
Frieden und Freiheit, Arbeit und Brot?

Jeder, er sei noch so klein und verborgen,
Tue das Seine an Wollen und Pflicht —
Und wir gleiten aus Bangen und Sorgen
Endlich wieder hinein in das Licht!

Literatur.

„Gift und Galle!" Galgenholz aus revolutionären Rüstkammern. Gesammelt, mit Einleitung und Erläuterungen, von Ernst Drahn. Die in dieser Sammlung enthaltenen revolutionären Dichtungen waren bisher dem großen Publikum — im Frieden mit Rücksicht auf den Staatsanwalt, im Kriege durch die drakonisch gehandhabte Zensur — zumeist unzugänglich. Eine Anzahl des hier gebotenen Materials ist nach seinem ersten Erscheinen, dem gewöhnlich ein baldiges Verschwinden folgte, überhaupt nicht wieder gedruckt worden, andere waren nur für Eingeweihte in verbotenen, illegal vertriebenen Neudrucken oder Sammlungen zu finden. In dieser Auswahl gibt es sangbare Lieder, sowie solche, die sich zum Vortrag eignen, andere wieder sind nichts als Lesestücke; nach beiden Richtungen hin aber wird dem Leser ein kleiner Schatz kennenswerter Dokumente dargereicht. Das Buch gehört zu den eigenartigsten Erscheinungen; es wohnt ihm ein bleibender historischer Wert inne. Geeignet für jede Bibliothek bildet es ein hervorragendes Geschenkwerk für alle Kreise ohne Rücksicht auf die Parteirichtung.

Der einzige Weg zum Weltfrieden von Dr. J. Stadtler. Das Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus gibt diese neue Schrift heraus, die sich beim Lesen ausnimmt wie eine riesige Vergrößerung eines der Plakate, die den Bolschewismus in Gestalt eines ungeheuren Raubtiers darstellen. Der Verfasser ist der Ansicht, daß nur ein Weltstaatenbund gegen die rote Flut die Möglichkeit biete, zu einem Frieden zu kommen; nebenher müßten soziale Reformen in allen Ländern gehen. Das ist alles schön und gut, glaubt aber der Verfasser damit das Drängen des Proletariats der Welt zum Sozialismus beruhigen zu können oder aus der Welt zu schaffen? Glaubt er an die Möglichkeit, wirksam aggressiv dem Bolschewismus zu Leibe gehen zu können, ohne daß die zu solchem Behuf geeinten Mächte selbst [illegible] würden? Es ist ja richtig, daß der dräuende Weltbolschewismus im Mittelpunkt des Interesses in Versailles stehen und die Beschlüsse lenken sollte. Das beste Mittel aber, ihm zu [illegible] und bleibt der konsequenteste Sozialismus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190508-17/fragment/page=0006